



Protokollauszug

Sitzung	Rat der Stadt Norderney
Status:	öffentlich
Datum	07.11.2017

TOP 21. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

RV Hahnen gibt vorab eine Erklärung ab: „Die Bürgerfragestunde in den öffentlichen Ausschusssitzungen und bei den Ratssitzungen dient dazu, den interessierten Bürgern oder auch Gästen die Möglichkeit zu bieten, den Mitgliedern des Rates kommunalpolitische Fragen zu stellen, die nach bestem Wissen und Gewissen sachlich und korrekt von uns beantwortet werden. Die Mitglieder des Rates haben genau wie Sie, meine Damen und Herren, das Recht auf einen respektvollen und sachlichen Umgangston. Im öffentlichen Teil der letzten Bauausschuss-Sitzung wurde ein Mitglied des Rates als ‚Lobbyist‘ bezeichnet und es fiel der Satz: ‚Ich beobachte Sie schon länger‘. Solche Aussagen sind hier absolut fehl am Platz und werden auch nicht toleriert. Ich bitte für die Zukunft um einen fairen Umgang.“

a) Herr Luttmann berichtet, dass in Norddeich der Hubschrauberstart- und landeplatz für die Versorgung der Offshore-Windparks eröffnet worden sei. Seitdem sei vermehrt Hubschrauberverkehr über der Insel festzustellen. Dies sei teilweise eine Belästigung. Er fragt, ob dies schon einmal thematisiert worden sei. Er bittet darum, zu erkunden, wo die Hubschrauber fliegen und ob es möglich sei, nicht stadtnah bzw. zwischen den Inseln zu fliegen. BM Ulrichs antwortet, dass man sich mit dem Thema noch nicht befasst habe, weil es noch keine Beschwerden gegeben habe. Selbst habe er die Hubschrauber noch nicht wahrgenommen. Er sagt Herrn Luttmann zu, diesbezüglich nachzufragen.

b) Herr Luttmann erfragt den Sachstand zu den Gebäuden im vorderen Hafenbereich. BM Ulrichs antwortet, dass er die Angelegenheit nicht in seinen Bericht aufgenommen habe, weil es noch kein Ergebnis gebe. Das Dauerverhandlungsverfahren laufe noch. Ende November solle es eine Entscheidung geben.

c) Herr Luttmann erkundigt sich, wann die vakante Stelle im Ordnungsamt wieder besetzt werde und wie seit dem Weggang des Mitarbeiters die Arbeit dort aufgefangen werde. BM Ulrichs antwortet, dass bedingt durch neue Aufgaben ziemlich jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter im Rathaus an der Belastungsgrenze arbeite. Die Vakanz sei entstanden, weil ein seit einigen Jahren beschäftigter Beamter aus persönlichen Gründen einen Versetzungsantrag gestellt habe. Aktuell werde noch ein Inspektor ausgebildet und sei im nächsten Sommer als Nachfolger vorgesehen; ein anderer Inspektor habe seine Ausbildung gerade beendet und werde für einen anderen Fachbereich arbeiten. Für die Zeit bis zum Sommer sei zur Überbrückung die Einstellung eines Verwaltungsmitarbeiters geplant gewesen. Dieser hätte anschließend einen anderen Arbeitsplatz erhalten sollen. Leider habe der favorisierte Bewerber kurzfristig aus persönlichen Gründen abgesagt. Ein weiterer Bewerber habe heute seine Bewerbung zurückgezogen. Deshalb werde kurzfristig eine neue Ausschreibung erfolgen.

d) Herr Luttmann zeigt sich verwundert über den Umgang der hiesigen Politik mit der Änderung des § 22 BauGB. Die Angelegenheit sei vor vielen Jahren angeschoben worden.

Man hätte sich also schon länger Gedanken machen können. Nun habe es für ihn den Anschein, als wenn jetzt erst diskutiert werde, was man wolle bzw. nicht wolle. Er fragt, warum dies nicht früher geschehen sei.

BM Ulrichs antwortet, dass die Initiative zur Änderung des § 22 BauGB von den ostfriesischen Inseln ausgegangen sei. Vorreiter sei die Insel Borkum gewesen. Leider seien die Inseln erst in einem späten Stadium über den Entwurf zur Änderung des Gesetzestextes in Kenntnis gesetzt worden. Sie hätten gleich ihre Bedenken u. a. wegen möglicher Umgehungstatbestände angemeldet. Daraufhin sei der Entwurf einer weiteren Prüfung unterzogen worden und die Inseln hätten auf den neuen Text warten müssen. Die Diskussion über die örtliche Umsetzung habe erst begonnen, als der endgültige Text bekannt gewesen sei.

e) Herr Jentsch spricht die Ermahnung von RV Hahnen an. Er zitiert eine Aussage von RM Moroni: „Für die Fehler der Vergangenheit sind einige Ratsherren verantwortlich, die heute noch im Rat der Stadt Norderney sitzen und wieder zur Wahl stehen.“ Er verstehe nicht, warum RM Moroni eine dieser Personen zum Vorsitzenden des Ausschusses für Bauen und Umwelt gewählt habe. Dies sei für ihn ein Widerspruch, der das Gefühl von „Lobby“ aufkommen lasse.

Er meint, dass der Umgang der Ratsmitglieder untereinander auch einmal Grund für eine Ermahnung sein solle. RV Hahnen antwortet, dass das Wort „Lobbyist“ beleidigenden Charakter habe.

f) Frau Thiemann meint, sie lasse sich nicht den Mund verbieten und werde weiterhin Dinge sagen, die ihr auffielen. RM Moroni erklärt, dass er kein Lobbyist sei. Seit seinem 17. Lebensjahr setze er sich für Dauerwohnraum auf der Insel ein. In diesem Zusammenhang habe er für das Grundstück der sogenannten Gartenstadt einen Investor gesucht und gefunden. Der Investor vertrete seine Interessen, nicht er die des Investors.

g) Frau Thiemann meint, dass es in der Nutzungsanalyse (Anhang zur Begründung) zum Bebauungsplan Nr. 26 „Südliche Hafenstraße“ mehrere Häuser ohne Angabe gebe. Sie fragt, woher das Bauamt wisse, wie ein Gebäude genutzt werde, und wieso es für mehrere Häuser keine Angaben gebe. Außerdem erkundigt sie sich, warum es ein Gebäude mit ausschließlicher Ferienwohnungsnutzung gebe, obwohl das Gebiet von Norderneyern bewohnt werden solle.

Dipl.-Ing. Meemken antwortet, dass die Nutzungsanalyse dazu diene, die Notwendigkeit der Umwandlung von einem allgemeinen Wohngebiet in ein sonstiges Sonder-Gebiet zu begründen. Das Bauamt habe aufgrund der vorliegenden Baugenehmigungsakten, von Einwohnermeldedaten und eigener Recherche (Internet/Gastgeberverzeichnis) die Nutzungsanalyse erstellt. Es gebe tatsächlich Gebäude ohne Angabe. Der Grund dafür könne nur sein, dass in diesen Häusern zum Zeitpunkt der Erstellung niemand gemeldet gewesen sei und es keine Anhaltspunkte für eine Vermietung gegeben habe. Er werde sich um eine Aufklärung bemühen. Der Fall des reinen Ferienwohnhauses sei mit dem Landkreis Aurich bereits diskutiert worden. Es entspreche nicht dem Ziel des Bebauungsplans; dahinter stehe jedoch eine lange Entstehungsgeschichte, und es müsse noch abschließend geklärt werden, wie damit umzugehen sei.

h) Frau Thiemann erklärt, dass 20 % der Garne in ihrem Laden Fair-Trade-Produkte seien. Sie kenne die Bezugsquelle und meint, dass es hier Überprüfungsmöglichkeiten gebe.

i) Auf Nachfrage von Herrn Jentsch antwortet BM Ulrichs, dass im öffentlichen Teil der morgigen Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt über das Ergebnis der Beratungen zur geplanten Hotelanlage in der Luisenstraße 13 - 15 im nichtöffentlichen Teil berichtet werde. Es gebe neue Pläne, die morgen diskutiert würden.

j) Herr Karow erläutert, dass er von 2007 bis 2014 öffentliche Sitzungen über das Radio übertragen habe. In Spitzenzeiten hätte es dabei 1800 Zuhörer gegeben. Er fragt, ob die Idee der Übertragung im Internet gänzlich vom Tisch sei und erklärt, nicht bei der ganzen heutigen Sitzung anwesend gewesen zu sein. BM Ulrichs wiederholt für Herrn Karow den Sachstand und erklärt, warum kein Beschluss gefasst worden sei.